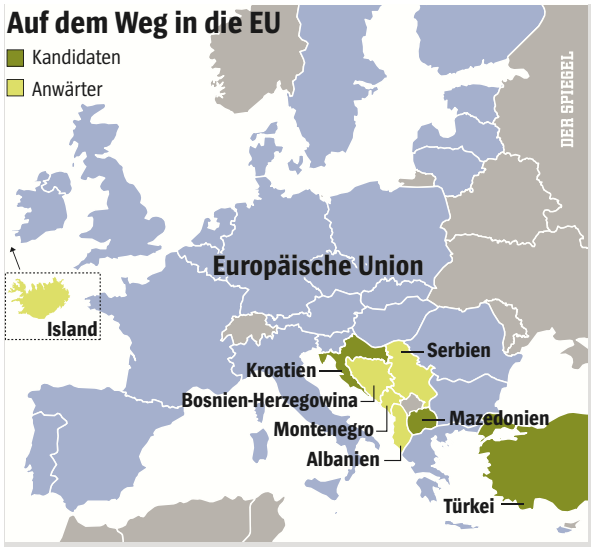
AFGHANISTAN

„Frauen leiden hier“

Farida Tarana, 27, Sängerin und Politikerin in Kabul, die bei den Provinzwahlen in Kabul die zweithöchste Stimmenzahl erreichte, über ihre Rolle als Frau in der Politik

SPIEGEL: Als Finalistin der Fernsehsendung „Afghan Star“, einer Variante der „Superstar“-Castingshows, wurden Sie vor zwei Jahren über Nacht berühmt. Warum gingen Sie in die Politik?
Tarana: Es war ein Entwicklungsprozess. Erst fragte ich mich, ob ich als Frau die gleiche Rolle spielen kann wie ein Mann, dann, was ich für mein Land tun könnte. Meine Kandidatur war die Antwort darauf. Der Wahlkampf war sehr hart, aber auch nicht härter als die Kandidatur bei „Afghan Star“. Es erforderte großen Mut, sich als Frau in Afghanistan auf die Bühne zu stellen und zu singen.
SPIEGEL: Gab es Widerstände gegen Ihre Bewerbung als Provinzrätin in Kabul?
Tarana: Die Mullahs hetzten, ich sei eine „Ungläubige“; sie sagten, das sei nichts für Frauen. Meine Helfer wurden geschlagen, als sie meine Plakate klebten. Nachts erhielt ich Drohanrufe, auf Websites wurde ich angepöbelt.
SPIEGEL: Was wollen Sie erreichen?
Tarana: Ich bin eine Frau und weiß, wie die Frauen hier leiden. Wir müssen deshalb vor allem die Bildung vorantreiben. Meine größte Sorge ist, mehr Erwartungen zu wecken, als ich erfüllen kann, denn Afghanistan wird zentral regiert und die Provinzräte haben keine gesetzgebende Macht. Das muss geändert werden.
SPIEGEL: Wie leben Sie?
Tarana: Ich lebe mit meiner Schwester in Kabul, meine Eltern sind noch in Iran mit den anderen Geschwistern. Meine Großmutter war immer mein Vorbild, sie verteidigte unser Haus in Herat während der sowjetischen Invasion mit dem Gewehr, während die Männer an der Front waren.
SPIEGEL: Wie lange wird es dauern, bis es eine echte Demokratie gibt und Frauen an die Spitze gelangen können?
Tarana: Die Dinge verbessern sich langsam, es ist noch endlos viel zu tun, aber ich glaube an eine positive Zukunft Afghanistans. Vielleicht dauert es noch zwei, drei Legislaturperioden, 10 oder 15 Jahre, dann werden auch wir eine Frau an der Spitze der Regierung haben können.



EUROPA

Beitritt der Balkanländer

Unbeeindruckt vom zunehmenden Widerstand der Wähler gegen eine stetig wachsende EU, arbeiten die Brüsseler Kommission und einzelne Regierungen an einer neuen Erweiterungsrunde. Mindestens fünf Staaten sollen nach aktuellen Planungen bis 2014 aufgenommen werden. Bereits im kommenden Jahr können die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien abgeschlossen sein, eine Mitgliedschaft wäre dann schon 2011 wahrscheinlich. Kaum länger dürfte das krisengeschüttelte und hochverschuldete Island warten müssen. In dieser Woche wollen die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel zudem einen Termin für den Beginn formeller Beitrittsgespräche mit Mazedonien festlegen. Noch sperrt sich die

PIRATEN

Seeräuber an der Börse

Somalische Seeräuber haben in einer Baracke in ihrer Hochburg Harardere eine Art Börse gegründet, um Investoren für neue Kaperfahrten zu finden. Mehr als 70 Piratengruppen sollen dort bereits notiert sein. Anleger aus Somalia oder der großen somalischen Exil-Gemeinde zeichnen allerdings keine Wertpapiere, sondern geben harte Währung: Geld, Waffen oder andere Gerätschaften für die Seeräuber. Nach erfolgreicher Entführung eines Schiffes erhalten die Investoren dann offenbar ein Vielfaches ihres Einsatzes zurück. „Das ist eine Art Kooperative und ein durchaus ernsthaftes Finanzinstrument“, sagt der Piratenexperte Andrew Mwangura von der Matrosen-Hilfsorganisation Seafarers’ Assistance Program im kenianischen Mombasa. Eigentlich ächte der Islam Raubüberfälle auf See, deshalb würden die Geldgeber formal nicht in Kaperfahrten investieren, sondern in die dafür verantwortlichen Gruppen. Die Lösegeldsummen, die für Schiffe gezahlt werden, steigen seit langem, offenbar auch, weil die Piraten immer mehr Somalier an ihrem Erfolg teilhaben lassen müssen – schlechte Voraussetzungen für die Eigentümer des wohl wertvollsten Schiffes, das die Seeräuber je einfingen: Der griechische Supertanker „Maran Centaurus“, der vor einer Woche entführt wurde, soll mitsamt seinen 275 000 Tonnen Rohöl rund 150 Millionen Dollar wert sein.

REUTERS

Piratenbörse in Harardere

EU-Befürworter in Mazedonien

ROBERT ATANASOVSKI / AFP

Regierung in Athen, weil sie den Namen „Mazedonien“ für eine ihrer griechischen Regionen reklamiert. Aber mehr als einen bescheidenen Aufschub werden die Hellenen kaum erpressen können. Auch der Abschluss eines „Interimsabkommens“ mit Serbien steht auf der Gipfel-Agenda, offizielle Aufnahmegespräche sollen zügig folgen, danach steht Nachbar Montenegro vor der Tür. Einigen Regierungschefs ist auch das noch nicht genug. Athens neugewählter sozialistischer Premier Georgios Papandreou und sein italienischer Amtskollege Silvio Berlusconi wollen bis 2014 am liebsten den gesamten West-Balkan aufnehmen: also auch Bosnien-Herzegowina und Albanien. Nur so ließen sich neue Spannungen in der ethnisch zerstrittenen Region verhindern. Das käme viele EU-Mitglieder allerdings teuer zu stehen. Die Nettozahler müssten ihre Zuschüsse kräftig erhöhen. Bei solchen Aussichten wird ein anderer, langjähriger Aspirant wohl noch ein wenig länger draußen bleiben müssen: In realistischer Einschätzung schob Ankaras Außenminister Ahmet Davutoglu jüngst den Zeithorizont für die Aufnahme der Türkei kräftig nach hinten – auf 2023.

RUSSLAND

Tod auf leichten Sitzen

Wie geplant soll der von Siemens entwickelte Hochgeschwindigkeitszug „Wanderfalke“ am 18. Dezember seine Fahrt zwischen Moskau und St. Petersburg aufnehmen – trotz des Terroranschlags auf dieser Strecke mit 26 Toten und mehr als 90 Verletzten. „Wir werden die Sicherheitsvorkehrungen mit Überwachungskameras und Kontrollen verstärken“, kündigte Wladimir Jakunin an, der Chef der Russischen Eisenbahnen. Bei einem Gesamtstreckennetz von 85 000 Kilometern könne es allerdings „keine vollkommene Sicherheit“ geben. In Russland ist nun eine Debatte über die Frage entbrannt, ob der neue Zugtyp, eine Modifizierung des deutschen ICE, für das terrorgefährdete Land geeignet sei. Beim jüngsten Anschlag wurden einige Passagiere offenbar getötet, weil die bequemen, aber leichten Sitze aus Deutschland bei der Notbremsung aus ihren Verankerungen rissen. Bei einem ähnlichen Anschlag im August 2007 gab es keine Toten: Die schweren russischen Sitze saßen fest. Die Hersteller betonen nun, dass „alle Anforderungen“ der russischen Sicherheitsvorschriften „eingeflossen“ seien. Russische Ermittler vermuten Islamisten aus dem Kaukasus als Täter. Scharf wehrte sich Jakunin gegen Spekulationen, die Behörden versuchten mit dem Hinweis auf das Werk von Terroristen einen Unfall zu vertuschen. „Diese Zyniker, die anders als ich das Grauen am Tatort nicht gesehen haben, würde ich am liebsten vor Gericht bringen.“

Nach Anschlag entgleister Zug

POLARIS

ISRAEL

Gezielte Verdrängung

Durch die kontinuierliche Ausbürgerung von Palästinensern und großzügig genehmigte Bauprojekte für eigene Landsleute versucht die israelische Regierung, im Ostteil Jerusalems eine jüdische Bevölkerungsmehrheit herbeizuführen. Insgesamt 4577 arabischen Einwohnern erkannten die Behörden 2008 die Aufenthaltsgenehmigung ab. Das sind immerhin halb so viele wie in den 40 Jahren von 1967 bis 2007. Nach Angaben des „Jerusalem Instituts für Israel-Studien“ leben in Ost-Jerusalem derzeit rund 250 000 Araber und knapp 200 000 Juden. Nach der Besetzung 1967 hatte Israel die Stadtgrenze so weit gezogen, dass auch viele Flächen für späteren Siedlungsbau mit eingemeindet wurden. Erst Mitte November kam es zu heftigem internationalem Protest, als die Genehmigung für

LANDOV / INTERTOPICS

Palästinensische Häuser in Ost-Jerusalem

900 weitere Wohneinheiten im jüdischen Stadtteil Gilo bekannt wurde. Zusätzlich verdrängen jüdische Siedler palästinensische Einheimische, indem sie über Strohmänner arabische Immobilien aufkaufen. Für die Gegenseite werden einschlägige Bauanträge abgelehnt, zuletzt einer für 200 neue arabische Wohnungen. Die Palästinenser beanspruchen Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines zukünftigen eigenen Staates. Premier Benjamin Netanjahu hat zwar den Siedlungsbau im Westjordanland eingestellt, Ost-Jerusalem davon aber ausgenommen. Trotz heftiger Proteste Israels wollen die EU-Außenminister bei ihrem Treffen in dieser Woche den palästinensischen Anspruch auf Ost-Jerusalem unterstützen.